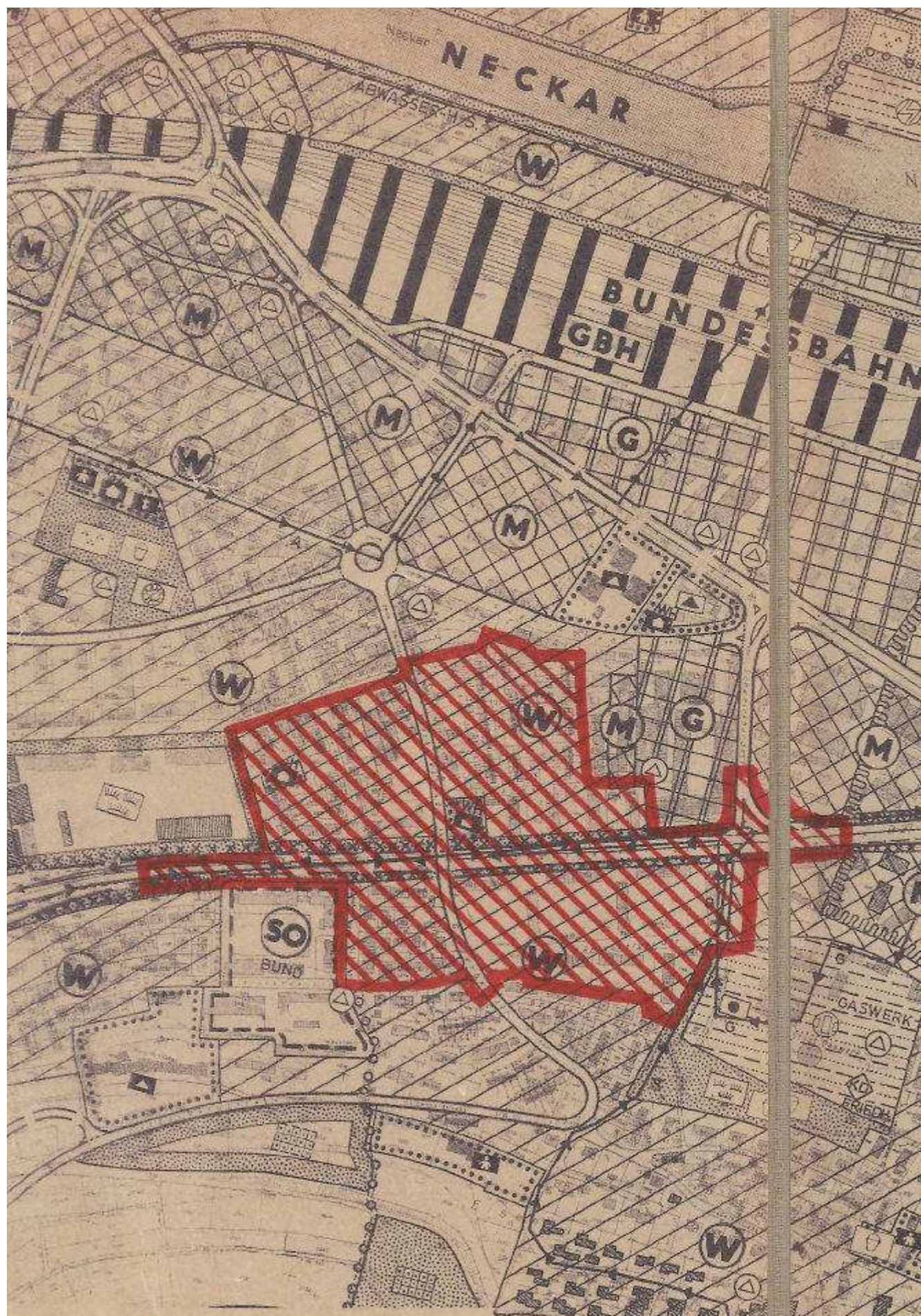


BEBAUUNGSPLAN
„EBERHARDSTRASSE -
GALGENBERGSTRASSE /
STUTTGARTER STRASSE“
PLANÄNDERUNGSVERFAHREN



ÜBERSICHTSPLAN M=1:5000

In Ergänzung zum Plan werden folgende textliche Festsetzungen getroffen.

1 Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960 und §§ 1-23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 26.11.1968.

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 a BBauG

In der "Zone A" des WA sind in Anwendung von § 1 Abs. 5 und

§ 4 Abs. 3 ^{BauNVO} Gartenbaubetriebe allgemein zulässig. Bei der Festsetzung "+ U" ist nur ein anrechenbares Untergeschoß gemäß § 2 Abs. 7 und 8 LBO zulässig.

*bei Dachgeschossen
max 2/3 des darunter liegenden
Vollgeschosses*

1.2 Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 b BBauG + § 22 BauNVO

Als besondere Bauweisen werden festgesetzt:

"b₁": offene Bauweise, jedoch Gebäudelängen bis zu 80 m zulässig.

"b₂": offene Bauweise, nur Hausgruppen als Reihenhäuser zulässig.

Die Baukörpertiefe innerhalb einer Reihe muß gleich bleiben.
(Festsetzung nicht AB, weil sie eine Regelung enthält AV 60 vom 9.4.87)

*max. 2 m nur kleine Geländehöhe,
wenn "U" nicht festgesetzt max. 1,2 m*

1.3 Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 e BBauG

soweit auf den Grundstücken Flächen für Garagen ausgewiesen sind, sind Garagen nur auf den überbaubaren Flächen und den festgelegten Garagenflächen zulässig.

1.4 Leitungsrecht

§ 9 Abs. 1 Ziff. 11 BBauG

Das eingetragene Leitungsrecht dient der Einlegung von Ver- und Versorgungsleitungen. Die Inanspruchnahme der Flächen ist durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Eigentümer und Gemeinde zu regeln.

1.5 Pflanzgebot und Pflanzbindung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 und 16 BBauG

An bestimmten Stellen werden als städtebaulich wirksame Akzentuierung Pflanzgebote bzw. -bindungen für die Erhaltung von Bäumen festgesetzt.

1.6 Flächen für Aufschüttungen

§ 9 Abs. 2 Ziff. 9 BBauG

Zur Abwehr bzw. Minderung des Verkehrslärms für die Freiräume bei den Wohngebäuden werden Flächen für die Aufschüttung eines Walles festgesetzt.

1.7 Besondere bauliche Vorkehrungen

§ 9 Abs. 3 BBauG

Teile des Plangebietes werden infolge der vorhandenen bzw. zu erwartenden Verkehrslärmimmission als Fläche gekennzeichnet, in der besondere bauliche Maßnahmen zum Schallschutz gefordert werden können. (Von der Baugenehmigungsbehörde auf Grund von § 24 LBO)

VERFAHRENSVERMERE :

AUFSTELLUNG:

DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 2(1) DES BBAUG. VOM 23.6.1960
VOM GEMEINDERAT 10. MAI 1976 ALS ENTWURF AUFGESTELLT (FASSUNG VOM 15. APRIL 1976)

ÖFFENTLICHE AUFLAGE:

DIESER BEBAUUNGSPLANENTWURF MIT BEGRÜNDUNG HAT GEMÄSS § 2(6) DES
BBAUG. VOM 6. SEPT. 1976 BIS 8 OKT. 1976 ÖFFENTLICH AUFGELEGEN. FASSUNG VOM

SATZUNGSBESCHLUSS:

DIESER BEBAUUNGSPLAN IST VOM GEMEINDERAT AM 15. AUG. 1977 ALS SATZUNG
GEMASS § 10 DES BBAUG. BESCHLOSSEN WORDEN (FASSUNG VOM 15. APRIL 1976)

GENEHMIGUNG:

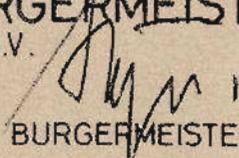
DIESER BEBAUUNGSPLAN IST GEMÄSS § 11 DES BBAUG. MIT ERLASS DES
REGIERUNGSPRÄSIDIUMS VOM 24. FEBR. 1978 GENEHMIGT WORDEN.

INKRAFTTRETEN:

DIE ÖFFENTLICHE AUFLAGE DES GENEHMIGTEN BEBAUUNGSPLANES MIT
BEGRÜNDUNG IST AM 13. MÄRZ 1978 GEMÄSS § 12 DES BBAUG. ORTSÜBLICH
BEKANNT GEMACHT WORDEN. MIT DIESER BEKANNTMACHUNG WIRD DER
BEBAUUNGSPLAN RECHTSVERBINDLICH.

TÜBINGEN, DEN 15.4.1976
BÜRGERMEISTERAMT

I.V.


BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT



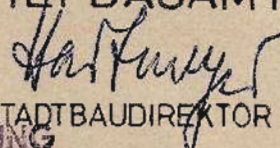
STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT



STADTOBERVERMESSUNGSRAT

TIEFBAUAMT



STADTBAUDIREKTOR

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG

VOM 24.2.1978 NR. 1124/77

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN DEN 24.2.1978



FASZ.348



Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.